

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13093. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonenseite oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonenseite 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Revolutionsfeier in Berlin.

Berlin, 10. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Feier des Revolutionstages ist durch Arbeitsruhe gestern in den meisten Betrieben voll durchgeführt worden. Die großen Werke lagen alle still und in den einzelnen Werken wurden nur die Notstandsarbeiten durch die Arbeiter verrichtet. Der gesamte Verkehr, der trotz des Elektrizitätsarbeiterstreiks zu einem Teile noch in Kraft war, wie die Hoch- und Untergrundbahn und die Autobuslinie, lagen gestern am 9. November völlig still. Nur die der Eisenbahnverwaltung unterstehende Stadt- und Ringbahn hielt den Verkehr aufrecht. Die Arbeiterruhe erstreckte sich bis in die Nachmittagsstunden hinein, so daß Berlin heute morgen ohne jede Zeitung ist. Die Revolutionsfeiern waren im Gegensatz zu den am 7. November von den Kommunisten veranstalteten überall stark besucht und nahmen einen würdigen Verlauf. Bisher liegen keinerlei Meldungen vor, daß es an irgendeiner Stelle zu Unruhen oder Ausschreitungen gekommen ist.

Die Revolutionsfeier im Reiche.

Dresden, 10. November. (L. V.) Der Revolutionstag ist in Dresden im allgemeinen ruhig verlaufen. In den städtischen Büros wurde gearbeitet. Die Mehrheitssozialisten veranstalteten MassenDemonstrationen und hatten zu 24 Versammlungen in ganz Dresden eingeladen. Auch die Unabhängigen hielten drei große Versammlungen ab, in denen die Revolution gefeiert und endlich die restlose Beseitigung des Kapitals gefordert wurde. Auf dem Platz kam es im Laufe des Tages verschiedentlich zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Sicherheitspolizei, wobei letztere auch von den Gummiknüppeln Gebrauch machte.

Greiz L. V., 10. November. (L. V.) In Greiz ist der 9. November als gesetzlicher Feiertag erklärt und gefeiert worden. Da Greiz in dem Verbanne des gesamten Thüringens aufgegangen ist, betrachtet man diese Maßnahme der reichlichen Regierung als unzulässig.

Halle, 9. November. Hier wurde heute in allen Betrieben gearbeitet. Auch in den städtischen und staatlichen Betrieben sowie in den Werken der Umgebung wurde gearbeitet. In den Weihenstephaner Werken ruhte die Arbeit zum größten Teil, da hier die Unabhängigen die Mehrheit haben. Die hiesigen Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten begingen die Revolutionsfeier durch eine Abendversammlung, während die Neu-Kommunisten für heute Abend drei Protestversammlungen einberufen hatten mit dem Thema: Verrat an der deutschen Revolution.

Braunschweig, 9. November. In fast allen Betrieben wurde gearbeitet. Eisenbahn, Post und Straßenbahn hielten den Verkehr wie gewöhnlich aufrecht. Die staatlichen Behörden und Betriebe, sowie die Schulen feierten entsprechend der Anordnung der sozialdemokratischen Regierung.

Verhandlungen im Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik.

Berlin, 9. November. (L. V.) Die Funktionäre und Vertrauensleute des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die etwa 40 000 städtische Arbeiter vertreten, haben heute nachmittags nach stundenlangen Verhandlungen für 12 800 Arbeiter gegen den Streik und für 14 289 Arbeiter für den Streik gestimmt. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist also nicht erreicht worden. In einer Entschließung wird ausgesprochen, daß der Schiedsspruch zu verwerfen sei, daß die Arbeiter auf jede Lohnaufbesserung vorläufig verzichten und eine gleichmäßige Lohnzahlung für alle Arbeiter erstreben, die in baldigen Verhandlungen herbeigeführt werden solle. Danach ist zu hoffen, daß morgen Abend die Arbeit allgemein wieder aufgenommen wird. Die Versammlung der beim Maschinen- und Heizerbunde angeschlossenen Vertreter der städtischen Elektrizitätswerke dauerte in später Nachtstunde noch an.

Berlin, 9. November. (L. V.) Die Verhandlungen der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke und der Auslandsleitung wie den Vertretern der Organisationen sind heute Abend abgebrochen worden und sollen morgen vormittag fortgesetzt werden. Die Lage ist demnach unverändert; wann die Arbeit wieder aufgenommen wird, steht noch dahin.

Der Elektrizitätsarbeiterstreik, der infolge der Abstimmung in den Betrieben keine Zweidrittelmehrheit ergeben haben soll und eigentlich heute zu Ende gehen müßte, scheint indes noch nicht ganz ohne Reibungen eingestellt zu werden. Zwar ist die Macht der unbesonnenen Elemente, die allzu voreilig den Streik heraufbeschworen haben, nunmehr gebrochen und die Arbeiterschaft befindet sich wieder auf die gewerkschaftlich zweckmäßigen und für die Arbeiterschaft dienlichen Maßnahmen. Die allgemeine Abstimmung hat ergeben, daß die städtischen Angestellten und Arbeiter den Abschluß des Streiks verlangen, gleichzeitig aber den Schiedsspruch, auf Grund dessen der Streik ausgebrochen war, ablehnen, da er eine Klassifizierung der Arbeiterschaft enthält, die diese ablehnen. Die elektrischen Bahnen verkehren infolge der noch nicht wieder aufgenommenen Arbeit in den Elektrizitätswerken auch heute noch nicht.

Die bankrotte Ernährungswirtschaft.

Die Beratungen über die Ernährungswirtschaft im Hauptausschuß des Reichstages zeigen mit aller Deutlichkeit, wie bankrott die Ernährungswirtschaft ist, aber auch die Gemeingefährlichkeit des Privateigentums an Grund und Boden. Die Klagen häufen sich derart, daß die Landwirte ihrer Pflicht mit der Ablieferung nicht nachkommen, daß es klar wird, daß ihnen das Verfügungsrecht über die Produkte entzogen werden muß; hat doch selbst der Hauptvertreiter der Agrarier, Dr. Rastke, erklärt, die Getreidewirtschaft stehe vor dem Zusammenbruch. Auch das Bild, das der Ernährungsminister Hermes vom Stande der Getreideablieferung entwarf, ist äußerst betrübend. Zwar soll die Brotversorgung bis März nächsten Jahres gesichert sein, aber was auf solche Ministerversprechungen zu geben ist, braucht nicht erst beleuchtet zu werden. Der Minister stellte fest, daß die ohnehin schon geringe Ablieferung von Getreide in letzter Zeit zurückgegangen ist. Die Freistaaten-Regierungen sind aufgefordert worden, für eine stärkere Ablieferung zu sorgen. In Preußen sollen künftig die Leiter der Kommunalandverbände, die schlecht abgeliefert haben, vom Staatskommissar persönlich zur Verantwortung gezogen werden. Es ist auch wieder eine neue Verordnung in Aussicht, in der härtere Strafen vorgesehen werden. Ob sie an dem bisherigen Zustande etwas ändern, ist nicht fraglich, hier hilft nur Entziehung des Grund und Bodens und Einführung der Gemeinwirtschaft.

Unser Genosse Herz nahm sich dann den Ernährungsminister samt seiner Tätigkeit kritisch vor. Er wandte sich besonders auch gegen die Freigabe der Feilschewirtschaft und forderte, daß eine Politik getrieben werde, die auf die Landarbeiter Rücksicht nimmt. Auch der Abgeordnete Hoch bezeichnete die Lage als äußerst ernst; es drohen größere Arbeitslosigkeit und Nahrungsmittelmangel, und es besteht die trostloseste Finanzlage.

Keine Unruhen in Moskau.

Berlin, 10. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, ist an zuständiger Stelle in Berlin ein Bericht des deutschen Vertreters in Moskau für Kriegsgefangenenangelegenheiten eingegangen, in dem festgestellt wird, daß alle Gerüchte über irgendwelche Unruhen in Moskau oder Umgebung falsch seien. In Moskau herrsche allgemein Ruhe.

Verchiebung der Genfer Konferenz bis nach der Abstimmung in Oberschlesien?

Genf, 8. November. Der Nouvelle Revue veröffentlicht eine Pariser Meldung, in der es heißt, die englische Regierung habe darauf hingewiesen, daß das Urteil über die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands von dem Ausgange der Volksabstimmung in Oberschlesien abhängt, das also die Genfer Konferenz erst nach dieser Abstimmung in der Lage sein werde, die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu beurteilen. Die französische Regierung habe es jedoch abgelehnt, die Genfer Konferenz so lange hinauszuschieben, und im Einverständnis mit Polen eine Bescheinigung der Abstimmung in Oberschlesien empfohlen. Das Journal des Debats glaubt, verstanden zu können, daß die Abstimmung in Oberschlesien im Januar vorgenommen werden soll, so daß die Konferenz spätestens Mitte Februar werde zusammentreten können.

Das Abkommen über Danzig.

Danzig, 8. November. Der Oberkommissar hat heute ein Telegramm von der Bolschafertkonferenz erhalten, worin mitgeteilt wird, daß die Verfassung der Freien Stadt und des Gebietes von Danzig am 15. November in Kraft treten wird und daß die gegenwärtige alliierte Verwaltung bestehen bleibt, bis weitere Instruktionen von der Bolschafertkonferenz eintreffen.

Der Oberkommissar hat bestimmt, daß die Verfassunggebende Versammlung auf den 15. November zusammenberufen werde zur Verkündung der Freien Stadt.

Danzig, 10. November. Die Danziger Delegation wird, wie hier aus Paris verlautet, am Dienstag den Vertrag zwischen Polen und Danzig unterzeichnen. Ob die polnische Delegation gleichzeitig den Vertrag unterzeichnet, ist noch nicht bekannt. Die Bolschafertkonferenz hat nach Informationen der Danziger Zeitung die beiden Delegationen nicht zu einem gemeinsamen Unterzeichnungsakt eingeladen, sondern stellt ihnen anheim, den Vertrag vom 9. November ab zu unterzeichnen.

Kraus, 9. November. (L. V.) Der Kurier Konogienno meldet aus Warschau: England mache Polen in der Danziger Frage deshalb so große Schwierigkeiten, weil im Falle des Nichtzustandekommens der Polnisch-Danziger Konvention England das Protektorat über Danzig erhalten sollte. Man müsse, so heißt das Blatt, der Politik des englischen Bundesgenossen sehr viel Aufmerksamkeit schenken.

Wahlkrawalle in Italien.

Mailand, 8. November. Im Zusammenhang mit den Wahlen kam es hier zu schweren Ausschreitungen, bei denen ein Polizist schwer mißhandelt und einige Zivilisten verwundet worden sind. Bei dieser Gelegenheit wurde der Redakteur des Secolo, Rechtsanwalt Carlo Rossi, getötet. Als die Menge von dem Gebäude der Associazione Liberale die Landesfahne herunterzureißen versuchte, kam es auch dort zu Zusammenstößen, bei denen es einen Toten und vier Verwundete gab. Auch in Florenz kam es zu schweren Ausschreitungen, in deren Verlauf zwei Personen getötet und viele verwundet worden sind.

Sozialisierung oder Verkrüppelung.

Von D. Jensen.

Die Kapitalisten, die Klopfflechter des Grubenkapitals, die Herren vom Bankiertag und andre „Sachkenner“ eifern gegen die Sozialisierung. Die Arbeiter strecken über den Weg, und die Moskauer Marktschreier der Weltrevolution fördern diesen Kampf um die Produktionsmittel durch die Spaltung der einzigen revolutionären Massenpartei Deutschlands. Aber während Herr Sinowjew Pferdehändlerkniffe erzieht und Proklamationen fabriziert, handelt das Großkapital und die Pläne der Herren der Privatwirtschaft verwirklichen sich mit „atemraubender Geschwindigkeit“, wie der sachkundige Korrespondent der gut demokratischen kapitalistischen Frankfurter Zeitung schreibt.

Während man um die Sozialisierung streitet, verkrüppelt sich das Kapital. Was bedeutet die kurze Meldung von der Interessengemeinschaft der Rhein-Elbe-Union mit dem Siemens-Schuckert-Konzern? Das bedeutet eine Vereinigung von Kohle und Eisen mit der Elektroindustrie. Das bedeutet eine Verbindung der Schwerindustrie mit der wichtigsten Fertigungsindustrie, das bedeutet einen riesigen kombinierten Betrieb, der vom Kohlenbergwerk bis zur Gießlampe reicht und dem durch die Verbindung mit Sinnes sogar eigener Schiffsraum zur Verfügung steht. Natürlich ist es nicht der Profit, nicht die Ausschüttung des Zwischenhandels, nicht der preisbestimmende Einfluß, der diese Fusion veranlaßt. Nein, die uneigennütigen Kapitalisten dienen nur dem Vaterlande, wie das ja schon die famosen Sozialisierungspläne des großen Volkswirtschaftlers Hugo Sinnes zeigen. Man höre nur die kapital-offizielle Begründung dieser Aktion im Reich der Kapitalmagnaten:

Das vereinte Wirtschaftsgebilde werde in Deutschland und vielleicht in der ganzen Welt an Umfang und Größe seiner wirtschaftlichen Hilfsquellen und seiner fabrikatorischen Erfahrungen eine einzigartige Stellung einnehmen. Die Gründe für diesen Zusammenschluß seien in der heutigentags gebotenen technisch-wirtschaftlichen Entwicklung zu suchen. Die Notlage des Vaterlandes zwingt zu einer strafferen Zusammenfassung von Rohstoffen und Fertigsabitäten. Die wenigen uns aus dem Friedensvertrag verbliebenen Rohstoffe verlangten eine bedeutend wirtschaftlichere Ausnutzung und eine tiefere Veredelung als bisher, die vom Ausland eingeführten Rohstoffe dagegen einen verhältnißmäßig sparsameren Verbrauch und eine zweckdienlichere und intensiver Erschöpfung ihres Wertes. Die kommenden Jahre werde Deutschland als Veredelungsland nur überwinden können, wenn es keine Arbeitsprozesse noch weiter entwickle, seine Arbeitsverfahren noch wirtschaftlicher gestalte, die Güte seiner Fabrikate auf eine noch höhere Wertstufe stelle als bisher und sie obendrein zu gleicher Zeit verbillige. Diese Verbilligung der Veredelung müsse unmittelbar am Rohstoff selbst einsetzen. Kohlen, Eisen und Stahl zeigten seit den letzten beiden Jahrzehnten in ihrer Entwicklung die ausgesprochene Tendenz nach immer höherer Wertigkeit. Schon im Hochofen, im Stahlwerk, in dem Walzwerk, im Cupolofen habe der Veredelungsprozess einzusetzen. Diese Aufgabe könne nur gelöst werden in weitestgehender vertiefter Erkenntnis der hundertfach gespaltenen Anforderungen und der technischen Möglichkeiten ihrer Befriedigung. Sie führe fast zwangsläufig zu Wirtschaftsgebilden, die, vom Rohstoff beginnend, bis zum Fertigfabrikat in seinen zahllosen Formen die gesamten Produktions- und Abfahrverhältnisse zu übersehen vermöchten.

Bei dem Zusammenschluß von Rhein-Elbe-Siemens-Schuckert handle es sich nicht um eine horizontale Zusammenfassung gleicher Industriezweige, sondern um einen vertikalen Zusammenhang der Arbeitsverfahren. Die Interessengemeinschaft setze von der bisher bekannten rohen Form der zwangsmäßigen Festlegung von Verkaufspreisen durch ein Syndikat oder dergleichen ab. Sie juche durch Verfeinerung und Veredelung des Arbeitsprozesses bei gleichzeitiger Erhöhung der Güte eine Verbilligung der Fabrikate zu erreichen. Um wirtschaftliche Erfolge zu erzielen — nur in ihnen findet die gesamte Industrie, Arbeitnehmer ebenso wie Arbeitgeber, ihre Lebensmöglichkeit — sei nicht der leichtere Weg einer Bindung auf feste Verkaufspreise und damit einer monopolartigen Beeinflussung des Marktes gewählt, sondern der ungleich schwerere eines wissenschaftlich vertieften und verteilten Produktionsganges. Gebilde solcher Art und zugleich solchen Umfanges wie diese Interessengemeinschaft seien bisher nicht vorhanden. Dieser Zusammenschluß werde deshalb einen Markstein in der Wirtschaftsgeschichte unseres Vaterlandes bedeuten. Die enge Interessengemeinschaft lasse sich natürlich nur über die finanzielle Seite ermöglichen. Die Selbständigkeit der einzelnen Unternehmungen bleibe, wie sie im bekannten Rhein-Elbe-Vertrag vorgesehen, gewahrt. Die Unternehmungen träten nur in einer Spitzengemeinschaft zusammen, welche Rechte auf die gemeinsame Ausgestaltung wirtschaftlicher Verfahren erhalte und die finanziellen Bedürfnisse regle. Der Beitritt werde nicht nur von der Siemens und Halske A.-G. und der A.-G. vormals Schuderer u. Co., sondern auch von den Siemens-Schuckert-Werken vollzogen. Die Schuderer-Gesellschaft sei eine der bedeutendsten bayrischen Unternehmungen. Mit der Siemens-Schuckert werde sie eine der größten bayrischen Produktionswerkstätten, mit ihren weitverzweigten Unternehmungen für Erzeugung und Vertrieb elektrischer Energie und mit ihrer Kontrolle über die Kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen ein einflussreicher Faktor auf dem Gebiet des elektrotechnischen Verbrauches sein. Bayern und Berlin gehe demnach, so heißt es zum Schluß, eine Einigung mit Rheinland und Westfalen ein und führende Industrie der drei Gebiete schlingen ein auf 80 Jahre bemessenes wirtschaftliches Band, das aller Abspaltungsgerüchte Bayerns und der Rheinlande spottet und auch der Industrie Bayerns den wü-